

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 3

Artikel: Ein frag-würdiger Rat : Predigt über Römer 13, 1-7
Autor: Blanke, Huldrych
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein frag-würdiger Rat

Predigt über Römer 13, 1-7

Jesu Wort, daß man dem Kaiser geben solle, «was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist», ist ironisch gemeint. Denen, die ihn mit der Frage fangen wollen, ob man dem Kaiser Steuer entrichten soll, entzieht er sich durch jene bekannte, kluge Antwort, die ihn weder als Romfreund noch als Romfeind diskreditiert, in der sich aber — für den, der «Ohren hat zu hören» — die Ueberzeugung verbirgt, daß es einen Kaiser nächstens nicht mehr geben wird. Bald wird die Römer-Herrschaft durch die Gottesherrschaft beseitigt. Tut der römischen Obrigkeit also noch den Gefallen der Steuer für diese ihre letzte Frist, will Jesus sagen. Bald findet sie ihr Ende und ihr Gericht mit allen, die jetzt herrschen, deren Herrschaft längst pervertiert ist in Ausbeutung und Unterdrückung. «Ihr wißt, daß die, die über die Völker herrschen, sie unterjochen und die Großen über sie Gewalt üben» (Mt. 20, 25).

Ganz anders beurteilt Paulus die irdische Obrigkeit in Römer 13. Sie hat den Auftrag von Gott, die Ordnung zu sichern und Gerechtigkeit zu üben, und sie ist dazu nach seiner Meinung nach wie vor in kompetenter Weise in der Lage, «als Gottes Dienerin, die uns zum Tun des Guten hilft, und Gottes Rächlerin für den, der das Böse verübt».

Wie kommt es zu dieser unterschiedlichen Bewertung weltlicher Ordnung bei Jesus und bei Paulus? Jesus lebt, wie wir andeuteten, in der gewissen Erwartung des durch sein Leiden und Sterben vermittelten, also in Kürze anbrechenden Gottesreichs und sieht in dessen Anbruch die jetzt Herrschenden ihr ihnen gehörendes Gericht finden. Paulus hingegen ist mit der Tatsache konfrontiert, daß diese Welt mit Jesu Sterben nicht aufgehört hat, sondern weiterbesteht, und als denkender Christ sucht er mit diesem Gang der Ereignisse fertig zu werden.

Er findet eine Lösung in der Vorstellung einer *Zwischenzeit*, in der das Reich Gottes noch nicht voll da ist, aber seiner Vollendung entgegenwächst. Durch Jesu Sterben und (wie er Damaskus deutete) Auferstehen sind Reichs-Kräfte wirksam geworden in dieser Welt. Durch das Sterben und Auferstehen mit Christus erhält der Christ Anteil an ihrer Wirkung und lebt als Bürger des Reiches Gottes jetzt schon unter dem vollkommenen Gesetz der Liebe Christi. Zugleich aber bleibt er auch noch Bürger dieser Welt, deren Gestalt ja noch nicht vergangen ist und die, um nicht ins Chaos zu fallen, ihre irdischen Ordnungen nach wie vor braucht. Auch der Christ bleibt also vorläufig diesen Ordnungen verpflichtet: der Arbeit, der Ehe, dem Besitz. Nur innerlich,

nicht äußerlich soll und darf er sich von ihnen lösen: als einer, «der hat als hätte er nicht». Vor allem behält die Hüterin aller Ordnung, die irdische Herrschaft, ihre Funktion, aber auch sie nur als Uebergangslösung — was als paulinischer Bewußtseinshintergrund nie zu vergessen ist! —, für eine Zeit, die mit der baldigen Wiederkunft Christi ihr Ende findet.

Es gibt in der Geschichte des Christentums immer wieder die Erscheinung völliger Staatsverneinung; es gibt andererseits die Erscheinung der Staatsüberschätzung, ja Staatsverklärung. Das Vorläufige wird nicht mehr in seiner Relativität gesehen, sondern absolut gesetzt. Von dieser Gefahr soll hier die Rede sein. Schon Paulus selbst war offensichtlich von ihr nicht ganz frei. Wohl keiner ist unter uns, dem es nicht schwer fällt, seinen überschwänglichen Worten über den Staat in Römer 13 zu folgen; Paulus, so finden wir, hätte aus seiner Interims-Sicht gemäßigter vom Staate reden können. Oder denken wir an die Ratschläge, die er in seinen Briefen zur Sklavenfrage gibt (wo er den Status quo einfach akzeptiert) oder zur Stellung der Frau in der Gemeinde (wobei wir hoffen wollen, daß das Wort von der Frau, die in der Gemeinde schweigen soll, von einem späteren Abschreiber in seinen ersten Korintherbrief eingefügt worden ist).

Martin Luther hat dann von Römer 13 her eine Staatslehre entwickelt, in der die Staatsmacht endgültig alle Relativität verliert und absolutistische Macht gewinnt. Niemals hätte Luther wie Zwingli die Tat eines Wilhelm Tell loben können. Niemals wäre ihm der Gedanke an eine Auflehnung gegen eine auch noch so ungerechte Obrigkeit gekommen. Sie ist und bleibt von Gott eingesetzt, darum unbedingter Ehrfurcht wert. Tut die Obrigkeit unrecht, so ist es des Christen Pflicht, zu leiden und das Kreuz zu tragen. Das war es denn auch, was Luther den aufständischen Bauern im Bauernkrieg predigte, um schließlich, als sie nicht hören wollten, die Obrigkeit zu schonungslosem Einschreiten gegen die «räuberischen und mörderischen Rotten» aufzufordern.

Um von uns zu reden, heute: Die Gefahr, die uns droht, komme, so will mir scheinen, von der jeweils herrschenden öffentlichen Meinung her. Niemals aber kann nach dem Evangelium, die vox populi, die Stimme des Volkes, mit der vox dei, der Stimme Gottes, in Einklang gesetzt werden. Denkt der Einzelne in seinen politischen Entscheiden immer zuerst an das, was ihm nützt, so hat Gott das Wohl des Volkes im Auge. Denkt auch ein Volk immer an sich selbst zuerst, so hat Gott das Wohl der Völker im Auge. Sind Menschen bestechlich, so bleibt Gott unentwegt bei seinem Ziel. Sehen die Einzelnen und die Völker in ihren Entscheiden kaum je über den morgigen Tag hinaus, so hat Gott immer die Zukunft der Menschheit im Blick. — Auf welcher Seite stehen wir als Gemeinde — auf der Seite der irdischen oder der gött-

lichen Macht? Mir scheint, es sei unübersehbar, wie sehr wir, die Kirche, immer wieder versucht sind, uns mit politischen Aeüßerungen auf einen Durchschnittswert zwischen biblischen Gesichtspunkten und bürgerlich-landläufiger Meinung einzupendeln, ja wie oft wir sogar die Flucht in eine vollends unevangelische Neutralität antreten. Ich denke hier etwa an die Erklärung des Basler Kirchenrates zur «Banken-Initiative», wo es heißt: «Die 'Banken-Initiative' ist ein politischer Vorstoß, zu welchem unsere Kirche als Institution weder befürwortend noch ablehnend Stellung zu nehmen hat.» Zwar hätten auch kirchliche Gremien «das Recht, politische Fragen wie die 'Banken-Initiative' öffentlich zu diskutieren. Die Behandlung soll aber nicht einseitig befürwortend oder einseitig ablehnend erfolgen, sondern kontradiktorisch.»

In solchem Hang zur Anpassung und Leisetreterei müßten wir uns wohl korrigieren lassen von Jesus und von Pauli Reich-Gottes-Hintergedanken her. Als Christen sind wir in erster Linie zu Bürgern des Reiches Gottes berufen, damit berufen, in allererster Linie von diesem Menschheitsziel her zu denken und von ihm her die gegenwärtige Welt zu prüfen, auch zu kritisieren. Gewiß mahnt uns Paulus unüberhörbar, realistisch zu bleiben, nicht ins Schwärmen zu geraten, denn Schwärmer, die das Reich Gottes schon angebrochen glaubten, hatte er wahrscheinlich im Auge, als er Römer 13 schrieb. Ebensowenig darf aber der paulinische Gesamtzusammenhang, in dem Römer 13 steht, überhört werden. Paulus hat Jesus nicht einfach vergessen. Das Reich Gottes ist im Kommen, und die Gemeinde ist auch für Paulus «Himmelslicht in dieser Welt» (Phil. 2, 5). Sie ist die ekklesia, die «Herausgerufene», als solche die Vorhut des Kommenden, die in Wort und Tat sichtbare Zeichen setzt.

An dieser Stelle muß ich nun aber ehrlicherweise meine nicht ganz unbeträchtliche Resignation bekennen, die in den letzten elf Jahren, seit 1968, in zunehmendem Maße über mich gekommen ist. Sind wir nicht alle g e k a u f t — Politiker und Volk, Kirche und nicht zuletzt der Sprechende —, verwöhnt, ja süchtig gemacht durch den Reichtum, an dem wir alle ein bißchen partizipieren dürfen, und so in unseren Entscheidungen gehemmt, ja geblendet? Sind wir nicht verhängt in ein System, aus dem es, durch seine Stärke und unsere Schwäche kein Entkommen mehr gibt, und das in seinem Wachstumsaberglauben schließlich in einen Abgrund führen muß?

Resignation ist zum Glück nicht das einzige, was ich zu bekennen habe. Ich bin daran, wieder zu lernen, daß das Reich Gottes nach der Schrift nicht nur von uns abhängt, von unseren vorschnellen Wünschen, von unserer Strohfeuerkraft. Ein größerer Wille ist in der Schöpfung am Werk, eine weltumgestaltende Kraft in allem, trotz allem. «Aus Gott, durch Gott, zu Gott», sagt Paulus, sei die Schöpfung unterwegs,

«trotz aller Mächte und Gewalten», die uns manchmal so übermächtig vorkommen.

Diese Kraft macht es uns allerdings nicht billig. Man kauft sie nicht im Supermarkt. Sie hat eine Stimme, aber diese Stimme redet nicht zu uns im Multipack der Wörter, sondern in einem **W o r t**, das ein anderes Hören braucht als das alltägliche. Ich meine damit das visionäre biblische Bild von der Wüstenwanderung, vom gelobten Land, von der zukünftigen Stadt. Nur durch nachdenkliche **Hingabe**, die in die Tiefe hört, wird dieses Wort hörbar, sichtbar. Nur so kann es Macht gewinnen in uns und unsern Kleinglauben verwandeln in Glauben, in Hoffnung, in Liebe.

Gottes Kraft macht es uns zweitens nicht billig, weil sie sich bewähren will unter dem Kreuz. Sie zieht unser Leben hinein in Christi Sterben und Auferstehen. Im Vertrauen auf Gottes längeren Atem und bewegt von diesem Atem, verwandeln wir uns aus Mitläufern der öffentlichen Meinung zu Vorläufern der zukünftigen Stadt. Solche Beatmung hat einen Albert Schweitzer, einen Tullio Vinay, einen Ernesto Cardenal bewegt, mit ihren Kommunitäten Vorzeichen des Kommenden zu setzen. Sie kann Wiederbelebung auch in unseren Städten, in unserm Dorf bewirken. Dabei bleibt es nicht ausgeschlossen, daß sie uns einmal auch in die Illegalität führt, zum Beispiel im Blick auf den Abbruch eines Hauses oder den Bau eines Atomkraftwerkes. Die bestehende Rechtsordnung ist recht und gut und nötig, aber von der kommenden her gesehen relativ, und manchmal braucht es ein **d e u t l i c h e s Z e i c h e n** — wie es schon einmal von einer kleinen Schar gesetzt worden ist, von einer Genossenschaft «im Namen Gottes», dessen, der «allmächtig» werden will und werden wird.

(Predigt vom 16. September 1979 im Andreashauss Riehen)

Ich habe mich schon immer gewundert und eigentlich regelrecht empört über die klerikale Interpretation jenes Satzes, in dem Christus sagt: «Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist» ... Man hat — so ungeheuerlich das auch scheint — diesen offensichtlich radikalen, extremistischen, durch und durch religiösen Satz als gemäßigte und zynisch-realistische Bemerkung hingestellt. Es ist nämlich völlig undenkbar, daß Christus sagen wollte: «Mach es möglichst jedem recht, geh' politischen Scherereien aus dem Weg, versuch' das Praktische des gesellschaftlichen Daseins mit dem Absoluten des religiösen Lebens zu verbinden, sieh zu, daß du stets zwei Fliegen mit einer Klappe schlägst».

(Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften, Berlin 1979, S. 97)
